**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 43 (1963-1964)
**Heft:** 6

**Rubrik:** Rundschau

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 10.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# RUNDSCHAU

## DAS MOSKAUER ABKOMMEN ÜBER DEN TESTSTOPP

Am 5. August unterzeichneten die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion im Katharinensaal des Kremls ein Abkommen, das den feierlichen *Verzicht auf weitere Nukleartests* im Weltraum, in der Luft und im Wasser ausspricht. Die Szene in Moskau war so spektakulär wie möglich gestaltet worden: Neben den drei Außenministern war auch der Generalsekretär der Vereinigten Nationen, U Thant, erschienen, und Chruschtschew spielte den jovialen Gastgeber, der mit freundlichem Lachen sein Champagnerglas hob, um den neuen Kontrahenten zuzuprosten. Über das osteuropäische Intervisionsnetz wurde der Unterzeichnungsakt direkt auf die Fernseh-Bildschirme der Satellitenländer übertragen.

Es ist zweifellos schwierig, die politische Bedeutung der in Moskau getroffenen Abmachungen schon heute in ihrer ganzen Tragweite zu überblicken. Rein sachlich handelt es sich um ein eng begrenztes Übereinkommen, das in seinen Verpflichtungen nicht über jenes 1958 durch freiwilligen Akt der Atommächte ohne vertragliche Vereinbarungen in Kraft getretene Kernwaffenmoratorium hinausgeht, das 1961 von Moskau mit einem einseitigen Beschluß und der Wiederaufnahme der Tests für beendet erklärt wurde. Das am 5. August in Moskau geschlossene Abkommen bindet in dieser Hinsicht die Atommächte nur wenig stärker als das freiwillige Moratorium von 1958 — mit dreimonatiger Kündigungsfrist können die Unterzeichner von dem Vertrag zurücktreten und mit neuen Versuchen beginnen. Die Abmachungen beziehen sich auch nur auf jene Tests, die gegenwärtig mit technischen Mitteln von außen festgestellt werden können; unterirdische Versuche sind also ausgenommen und Inspektionen an Ort und Stelle finden nicht statt. Gegen einen Vertragsbrüchigen sind auch keine Sanktionsmaßnahmen vorgesehen.

### *Internationale Friedensdeklaration*

Weitaus bedeutsamer als diese recht eingeschränkten Bestimmungen erwies sich die von den drei Großmächten zugestandene Möglichkeit des Beitritts weiterer Staaten. Das Moskauer Abkommen wurde dadurch über den von ihm umschriebenen sachlichen Bereich hinausgehoben und erhielt das Signum einer internationalen Friedensdeklaration ähnlich dem Briand-Kellogg-Pakt des Jahres 1928. Unmittelbar nach dem 5. August setzte in den drei Hauptstädten auch sofort ein fast beängstigend anmutender Zudrang ein; ein Land um das andere beeilte sich, seine Unterschrift unter den Vertrag zu setzen, um so in den Genuß des freilich noch unklaren Status eines «Charter Member» zu gelangen. Es entbehrte nicht einer gewissen Ironie, daß bei diesem Massensturm der Diplomaten auf die Außenministerien in Moskau, Washington und London gerade die Vertreter jener Länder sich am eifrigsten zeigten, die in absehbarer Zukunft wohl kaum je in die Lage kommen werden, Atomtests durchzuführen, während die zwei potentiellen Nuklearmächte Frankreich und China abseits blieben.

Für *Frankreich* konnte diese Haltung angesichts des von General de Gaulle konsequent verfolgten Kurses des Aufbaus einer eigenen «Force de frappe» nicht überraschen. In seiner Pressekonferenz vom 29. Juli hat der französische Präsident mit nüchterner Objektivität die beschränkte Bedeutung des Moskauer Abkommens umrissen. Mit Recht wies er darauf hin, daß durch diese Abmachungen die atomare Drohung keineswegs aus der Welt geschafft worden sei. Das Teststoppabkommen könne nur dann größere Wichtigkeit erlangen, wenn es Ausgangspunkt für weitere Vereinbarungen in Richtung auf eine atomare Abrüstung werde.

Das *kommunistische China* begleitete seine

Ablehnung eines Beitritts zum Moskauer Abkommen mit wütenden Ausfällen gegen Chruschtschew, dem «Kapitulation vor dem amerikanischen Imperialismus» vorgeworfen wurde. Kurz und bündig wurden die Abmachungen als «reiner Schwindel» abgetan, und Peking beeilte sich, als Alternative ein vollständiges Verbot aller Atomwaffen, Schleifung aller atomarer Basen, Schaffung weiträumiger atomwaffenfreier Zonen in der ganzen Welt und schließlich Einberufung einer Monstergipfelkonferenz aller Regierungschefs vorzuschlagen — alles in allem eine vornehmlich auf propagandistischen Effekt bedachte Reaktion, die in ihrer Plumpheit freilich kaum zu überbieten war.

*Das Dilemma Bonns*

Hat im Zusammenhang mit Frankreich und China das Moskauer Abkommen die innerhalb des westlichen und des östlichen Lagers bestehenden Differenzen zwar nicht vertieft, aber doch klarer hervortreten lassen, so hat es in der Bundesrepublik Deutschland eine Verwirrung geschaffen, die auch durch den einstimmigen Beitrittsbeschluß des Bundeskabinetts nicht beseitigt werden konnte und deren innenpolitische Folgen — auch im Hinblick auf den bevorstehenden Kanzlerwechsel — noch nicht zu übersehen sind.

Die Bundesrepublik, an der Nahtstelle zwischen Ost und West gelegen, mußte stärker als jedes andere Land der Welt durch den Abschluß des Nukleartestabkommens in ein *Dilemma* gestürzt werden. Sachlich stand dem Beitritt zwar nichts entgegen; in den Pariser Verträgen vom Oktober 1954 hat Bonn durch den Verzicht auf die Herstellung von Atomwaffen viel weitergehende Verpflichtungen übernommen. Fragwürdig wurde die Angelegenheit für die Bundesrepublik, die sich zu Recht als legitime Vertreterin der gesamtdeutschen Interessen betrachtet, durch die Unterschrift des ostdeutschen Marionettenregimes unter dem Moskauer Abkommen. Bonn sah sich plötzlich in die unangenehme Lage manövriert, entweder in einem internationalen Vertrag gewissermaßen als gleichberechtigter Partner neben Pankow zu signieren oder aber durch Verweigerung der Unterschrift als querulierender Außenseiter abgestempelt zu werden.

Der Zwiespalt hat innerhalb des Regierungslagers schwere Differenzen heraufbeschworen. Der ehemalige Verteidigungsminister *Strauß* machte sich, an der Spitze der bayrischen CSU, zum Führer einer Opposition gegen die Unterzeichnung; er scheint gewillt, seine Gegnerschaft, die sich hauptsächlich gegen Außenminister Schröder richtet, auch aufrechtzuerhalten, nachdem sowohl die Vereinigten Staaten als auch Großbritannien in Noten an die Sowjetunion ausdrücklich festgestellt haben, daß mit der Hinterlegung der Unterschrift Pankows in Moskau keine Anerkennung der DDR als eines souveränen Staates verbunden sei. Der amerikanische Staatssekretär Rusk machte auf seiner Rückreise von Moskau nach Washington am 12. August in Bonn Station, um die dort bestehenden Bedenken gegen den Beitritt zu beseitigen, und Außenminister Schröder erhielt wenige Tage später in London von Lord Home analoge Zusicherungen der britischen Regierung. Am 19. August trat daraufhin auch die Bundesrepublik als 67. Staat dem Moskauer Abkommen bei.

*Amerikanischer Optimismus*

In den Vereinigten Staaten begann inzwischen vor den parlamentarischen Kommissionen die *Ratifizierungsprozedur*. Der Verlauf der Hearings ließ erkennen, daß im Senat eine sichere Mehrheit für das Moskauer Abkommen vorhanden ist. Verteidigungsminister McNamara verstand es, ein Bild der überwältigenden militärischen Stärke der USA zu entwerfen, die über Zehntausende von atomaren Sprengköpfen, über fünfhundert interkontinentale Missile vom Typ «Polaris», über fünfhundert ständig einsatzbereite nuklearwaffentragende Bomber und über ein den Sowjets in jeder Hinsicht überlegenes Arsenal von taktischen Kernwaffen verfügten. McNamara leitete daraus den Schluß ab, die Sowjetunion habe sich angesichts der für sie ungünstigen Entwicklung auf dem Gebiete der atomaren

Rüstung zum Abschluß einer Vereinbarung über die Nukleartests bereit gefunden.

Trotz dieses betonten Optimismus ist man in Amerika weit von jeder euphorischen Stimmung entfernt. Die Motive, die Chruschtschew zu einem Einlenken und zur Annahme westlicher Vorschläge bewogen haben, die er noch vor kurzer Zeit kategorisch abgelehnt hatte, liegen zum Teil im Dunkeln. Zweifellos spielten, wie Harriman andeutete, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Moskaus dabei eine Rolle. Auch in der immer unverhüllter geführten Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking kommt dem Teststoppabkommen eine bedeutsame Funktion zu; wie weit Chruschtschew es als Rükkendeckung gegenüber dem von Woche zu Woche in aggressiverer Weise agierenden China zu verwenden in der Lage ist, bleibt abzuwarten.

*Moskaus Entspannungsoffensive*

Offensichtlich suchte Moskau das Abkommen als eine Art Initialzündung für eine umfassende, rasch voranzutreibende Entspannungsoffensive zu verwenden. Wenn Chruschtschew damit eine *Überrumpelung des Westens* beabsichtigte und auf diese Weise gewisse Konzessionen herauszuschlagen hoffte, ist dieser Versuch bereits jetzt gescheitert. Die Idee einer Koppelung zwischen Nukleartestabkommen und Nichtangriffsvereinbarungen zwischen der NATO und den Staaten des Warschauer Pakts, von Chruschtschew noch vor wenigen Wochen in Ostberlin propagiert, scheint Moskau bereits in einem frühen Stadium der Verhandlungen mit den Westmächten wieder fallen gelassen zu haben. Wie Staatssekretär Rusk nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten erklärte, traten auch bei den Gesprächen, die er mit Gromyko in Moskau und mit Chruschtschew an dessen Urlaubsort am Schwarzen Meer führte, keine Punkte zutage, in denen eine rasche Verständigung möglich erschien. Der amerikanische Außenminister sagte, was wohl niemanden im Westen überrascht haben dürfte, langwierige und geduldige Sondierungen voraus.

Auch die Erklärungen Lord Homes nach Abschluß der Kontakte in Moskau ließen erkennen, daß die britische Regierung sich ebensowenig wie Washington Illusionen über eine rasche Entspannung der internationalen Lage hingibt. Die Ausführungen des Chefs des Foreign Office klangen zwar, wohl nicht zuletzt im Hinblick auf die innenpolitische Situation in England, um einige Nuancen zuversichtlicher als die Worte Rusks. Lord Home versprach sich vom Teststoppabkommen vor allem neue Impulse für die Fortsetzung der Rüstungsgespräche. Er befürwortete ferner eine Verminderung der Truppenbestände in beiden Teilen Deutschlands, wandte sich aber gegen ein vollständiges Disengagement, da dieses ein gefährliches Vakuum zwischen den Machtblöcken schaffen würde. Ein Nichtangriffspakt zwischen der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages setzt nach Lord Home eine Regelung der Berlin- und Deutschlandfrage voraus, und der britische Außenminister mußte beifügen, er halte es kaum für wahrscheinlich, daß Moskau auf eine solche Bedingung eingehen würde.

Die skeptischen Stimmen im Westen, die vor einer Überbewertung des Moskauer Abkommens warnten, erfuhren schließlich eine Bestätigung durch den sich bereits ab Mitte August wieder *verschärfenden Ton der sowjetischen Presse*. Das Blatt der Roten Armee, «Krasnaja Swesda», beschuldigte am 16. August unter Hinweis auf einen unterirdischen Nukleartest die Regierung der Vereinigten Staaten, ein doppeltes Spiel zu treiben und gewissermaßen den Geist des Abkommens zu verletzen, obwohl es ja ausdrücklich diese Art von Versuchen nicht untersagt. Auch das zwischen Kanada und den USA abgeschlossene Atomwaffenabkommen wurde von der «Iswestija» scharf kritisiert. Moskau scheint erkannt zu haben, daß es seiner Entspannungsoffensive kaum gelingen wird, die westlichen Positionen rasch zu überrennen. Diese neue sowjetische Polemik gegen den Hauptvertragspartner vom 5. August deutet zwar keineswegs ein Erlahmen des Interesses an weiteren bilateralen Gesprächen mit Washington an, wohl aber eine realistischere Einschätzung der Entschlossenheit des Westens.

*Fabius*

Die bolschewistische Theorie geht dahin, daß die «imperialistischen» Mächte, vor allem Westeuropa, die USA und Japan, aus Gründen, die im kapitalistischen System liegen, von Zeit zu Zeit gegeneinander Krieg führen müssen. Aufgabe der Politik der Sowjetunion ist es, sich aus diesen «ungerechten» Kriegen nach Möglichkeit herauszuhalten und ihre Früchte zu genießen.

So sagte Stalin am 19. 1. 1925 in einer Rede vor dem Zentralkomitee der Partei: «Die Frage unserer Armee, ihrer Macht, ihrer Bereitschaft erhebt sich verpflichtend vor uns als eine brennende Frage angesichts der Verwicklungen in den uns umgebenden Ländern. Das bedeutet nicht, daß wir bei einer solchen Lage obligatorisch gegen irgend jemand aktiv auftreten müssen. ... Aber wenn der Krieg beginnt, so werden wir nicht die Hände in den Schoß legen müssen — wir werden auftreten müssen, aber als letzte auftreten. Und wir werden auftreten, um das entscheidende Gewicht auf die Waagschale zu werfen, das Gewicht, das überwiegen könnte[1].» Der Vater der sowjetischen Kriegstheorie ist aber nicht Stalin, sondern Lenin, der Ende 1920 vor Moskauer Kommunisten erklärte: «Kommt es nicht von selbst zum Krieg, so muß dieser angestiftet werden. Wenn wir gezwungen sind, solche Lumpen wie die kapitalistischen Diebe zu dulden, von denen jeder das Messer gegen uns wetzt, so ist es unsere direkte Pflicht, dieses Messer gegen sie zu richten[2].» Diese Pflicht erfüllte Stalin mit Hitlers Hilfe durch Abschluß des sogenannten Ribbentrop-Molotow-Paktes, dem fast unmittelbar der deutsch-polnische Konflikt und als seine Ausweitung der Zweite Weltkrieg folgte.

Nach 1919 lag es auf der Hand, daß der in Versailles unterzeichnete Vertrag keine Befriedung Europas und der Welt zur Folge haben würde. Moskau sah es als seine Aufgabe an, dabei ein wenig Schicksal zu spielen, die Ereignisse voranzutreiben und das Seine zur Vorbereitung eines dem Kreml vorteilhaften Krieges beizusteuern.

Unter Reichswehrminister Geßler begann die militärische Zusammenarbeit zwischen der Roten Armee und der auf 100 000 Mann reduzierten Wehrmacht[3]. Deutsche Offiziere wurden von 1922 an mit den für Deutschland durch den Vertrag von Versailles verbotenen Waffen in sowjetischen Schulen (Kasan für Panzerwagen, Charkow für Jagdflieger) und auf sowjetischen Übungsplätzen vertraut gemacht. Anderseits kamen bolschewistische Offiziere nach Deutschland, um aus taktischen und strategischen Erfahrungen des alten Generalstabs zu lernen, unter ihnen ein sehr befähigter junger Offizier, der spätere Marschall Schukow.

Der feste Grund zur späteren Armee Hitlers wurde also, bedingt durch die kurzsichtige Politik der Alliierten, in Rußland gelegt. Dem Chef der deutschen Heeresleitung, Generaloberst von Hammerstein, wurden 1931 bei sowjetischen Manövern in Kiew erstmals Fallschirmtruppen vorgeführt, die Vertretern anderer Staaten nicht gezeigt wurden. Die Zusammenarbeit dehnte sich auch auf das Gebiet der Rüstung aus. Die Deutschen stellten den Sowjets geheime Patente zur Verfügung und erhielten dafür die Genehmigung zur Errichtung von Flugzeug- und anderen Rüstungsbetrieben in der UdSSR (Junkers).

Die sowjetischen Führer, zuerst Lenin, dann Stalin, müssen sich bei dieser von ihnen ermöglichten, gegen die Alliierten gerichteten Tätigkeit der Wehrmacht doch etwas gedacht haben. Deutschland wurde von den Sowjets militärisch gestärkt, um es für den Krieg gegen den Westen vorzubereiten und es dann zusammen mit ihm in den Abgrund zu stürzen. Die deutschen «Revanchisten», von denen der Kreml so viel und so oft zu reden liebt, sind, soweit überhaupt vorhanden, zuallererst von Moskau gestützt und ermuntert worden und haben ihre Tätigkeit erst dank der freundlichen Mithilfe der Sowjetunion aufnehmen können!

Eine der ersten und wenigen westlichen Persönlichkeiten, welche die sowjetische Politik durchschaute, war der britische Botschafter in Berlin, Henderson: «Ich meinte

aber immer, daß es Moskaus Hauptziel war, Deutschland und die Westmächte in ein gemeinsames Verderben zu verwickeln, um dann als Tertius gaudens in diesem Konflikt zwischen ihnen aufzutauchen[4].» Wahrscheinlich wären alle besser gefahren, wenn Henderson sein eigener Chef gewesen wäre und, statt in Berlin zu philosophieren, in London hätte handeln können. Der letzte Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig und Kenner östlicher sowie deutscher Verhältnisse, der Schweizer Burckhardt, schreibt: «Die Politik Stalins war es seit Jahren gewesen, Deutschland und die übrige Welt Schritt für Schritt in einen Konflikt hineinzutreiben[5].» Sogar — man sollte es kaum für möglich halten — Reichsminister Ribbentrop kam allmählich hinter die wahren Absichten Stalins — freilich reichlich spät! — und teilte dem japanischen Außenminister Matsuoka am 29. 3. 1941 in Berlin mit, daß Stalin seiner Meinung nach einen langen Krieg wünsche, der die Völker ermüde und sie für den bolschewistischen Einfluß reif mache[6].

Moskau ging noch weiter und unterstützte den — um den sowjetischen Ausdruck zu gebrauchen — deutschen Revanchekrieg, aber natürlich nur solange, als es nicht selbst an der Reihe war und vermeinte, den lachenden Dritten spielen zu können. Trotz seiner «Neutralität» überließ es den in der Nähe von Murmansk gelegenen «Seestützpunkt Nord» der deutschen Kriegsmarine und rüstete einen deutschen Hilfskreuzer auf einer sowjetischen Werft aus[7]. Deutschland wurde unterstützt, weil es, wie der Kreml richtig berechnete, der schwächere Teil war und der Krieg in die Länge gezogen werden sollte. Wenn sich beide Seiten genügend geschwächt hätten, wäre so, wie man in Moskau annahm, der rechte Augenblick gekommen, um die noch völlig unverbrauchte sowjetische Kraft in die Waagschale zu werfen. Dies drückte der Chef der Komintern, Dimitroff, in einer Anweisung, die unmittelbar nach der englischen Polen-Garantie an die kommunistischen Parteien der Welt erging, so aus: «Die Sowjetregierung und die Komintern haben... beschlossen, daß es das beste ist, sich vom Konflikt fernzuhalten, um bereit zum Eingreifen zu sein, wenn die in ihn verwickelten Mächte durch den Krieg geschwächt sind, in der Hoffnung, eine soziale Revolution herbeizuführen[8].» Zu den unmittelbaren Hilfsleistungen der Sowjets kamen die gegen England und Frankreich gerichteten Reden sowjetischer Staatsmänner und bolschewistische Zeitungsartikel. So erklärte die «Prawda» Anfang März 1940: «6 Monate dauert der Krieg, der von den englischen und französischen Imperialisten heraufbeschworen wurde, um ihre Herrschaft zu erhalten. Die anglo-französischen Imperialisten haben jedoch keine Erfolge in ihren Plänen einer Neuaufteilung der Welt erzielt. Um aus der Sackgasse herauszukommen, bereiten sie immer wieder neue Abenteuer vor mit dem Ziel, den jetzigen imperialistischen Krieg in einen neuen Weltkrieg umzuwandeln[9].» Molotow, damals Außenkommissar der UdSSR, schrieb 1939: «Die Beziehungen Deutschlands zu den anderen westeuropäischen bürgerlichen Staaten wurden in den beiden letzten Jahrzehnten vor allem durch das Bestreben Deutschlands bestimmt, die Fesseln des Versailler Vertrags zu sprengen. ...Das war es im letzten Grunde auch, was zu dem gegenwärtigen europäischen Krieg geführt hat. ...Wir waren immer der Meinung, daß ein starkes Deutschland die notwendige Bedingung eines dauerhaften Friedens in Europa ist[10].» Eine bessere Verteidigung der «deutschen Revanchisten» war damals nicht denkbar!

Chruschtschew sagte in einer am 28. 7. 1959 in Dnjepropetrowsk gehaltenen und im Westen viel zitierten Rede: «Wir fürchten die deutschen Militaristen und Revanchisten nicht, denn ein starker Mann fürchtet sich nicht vor einem tollen Hund, aber er wünscht nicht von ihm gebissen zu werden[11].» In der Dorfzoologie ist der Herrscher aller Reußen jedenfalls bewandert. Wenn Moskau die Deutschen, wohlgemerkt nur die Westdeutschen, als revanchelüsterne Angreifer abtun will, so hat das selbstredend seine guten Gründe. Der für den sowjetischen Machiavellismus charakteristischste Grund ist das Bestreben, den Gegner dessen zu beschuldigen, was man selbst tut. Selbstkritik durch Kritik an anderen!

Gleich nach dem russisch-japanischen Friedensschluß in Portsmouth (1905), mit dem der für Rußland unglücklich verlaufene russisch-japanische Krieg beendet wurde, begannen laut Graf Witte, der die Friedensverhandlungen für Rußland sehr geschickt geführt und zu einem erträglichen Resultat gebracht hatte, «nicht nur die Militärs, sondern auch die Zivilisten immer wieder von der Notwendigkeit einer Revanche» zu sprechen. Dieser Gedanke «wurde auch von einigen sehr verbreiteten Zeitungen täglich gepredigt. Vor allem tat sich die ‚Nowoje Wremja' darin hervor. ...Die Revancheidee fand einen durchaus ernsthaften Beschützer im Komitee der Reichsverteidigung, dessen Vorsitzender der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch war. ...Von dieser Idee war natürlich auch der Vorsitzende des Ministerrats Stolypin erfaßt worden[12]».

Vom Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch führt ein schnurgerader Weg zu Stalin. In seiner Proklamation nach der Niederwerfung Japans stellte Stalin den Krieg gegen Japan als die Revanche Rußlands für den japanischen Sieg über das Zarenreich im Jahre 1904/05 dar. «Die Niederlage der russischen Truppen im Jahre 1904», hieß es, «hinterließ im Herzen des russischen Volkes bittere Erinnerungen. Sie lag wie ein Schandfleck auf unserem Lande. Unser Volk hoffte und glaubte, daß einmal der Tag kommen werde, an dem Japan geschlagen und damit dieser Schandfleck ausgetilgt sein würde. 40 Jahre haben wir, die Männer der älteren Generation, auf diesen Tag gewartet. Nun ist er endlich gekommen[13].» Bei Stalin kann man wirklich nicht mehr vom Flug, nur noch vom Fluch der Gedanken sprechen. Wie man sieht, steht die UdSSR, hinsichtlich der Revanche, nach den Worten ihres eigenen, seinerzeit unendlich gepriesenen Herrschers in der vordersten Reihe aller Staaten. Dabei ist Königsberg viel mehr deutsches als die Kurilen russisches Gebiet sind!

Aber, und das ist ausschlaggebend, die Sowjetunion hat den Krieg gewonnen, und Deutschland hat ihn verloren. Nach der seit Versailles geheiligten Sitte ist der Unterlegene immer und in jeder Beziehung der Schuldige und der Sieger stets im Recht. Wohin würden wir gelangen, wenn es anders wäre? Womöglich in ein Zeitalter des wirklichen Friedens!

*Oskar Angelus*

[1] Zitiert nach J. J. Novák, Der satanische Plan, Köln 1960, S. 125. [2] Zitiert nach W. Wagner, Die Teilung Europas, 2. Aufl., Stuttgart 1960, S. 33f. [3] Einzelheiten bei W. Görlitz, Der deutsche Generalstab, Frankfurt a. M. 1950. [4] N. Henderson, Failure of a Mission. Berlin 1937—1939. London 1940, S. 247. [5] C. Burckhardt, Meine Danziger Mission 1937—1939, München 1962, S. 273. [6] Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939—1941. Dokumente des Auswärtigen Amtes, herausgegeben von Dr. Alfred Seidl, Tübingen 1949, S. 350. [7] H. Fiedler, Der sowjetische Neutralitätsbegriff in Theorie und Praxis, Köln 1959, S. 180ff., mit vielen anderen Beispielen. [8] Major-General J. F. C. Fuller, The Second World War 1939—1945, 2. Aufl., London 1948, S. 28f. [9] W. Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, 17.—21. Tausend, Köln-Berlin 1956, S. 79. [10] W. Molotow, Über die Außenpolitik der Sowjetunion, Moskau 1939, S. 12f. [11] Zitiert nach den «Kieler Nachrichten» vom 31. 7. 1959. [12] Graf Witte, Erinnerungen, Berlin 1923, S. 549f. [13] Prof. G. v. Rauch, Geschichte des bolschewistischen Rußland, Wiesbaden 1955, S. 509.

# JUNGE EUROPÄISCHE UNTERNEHMER TAGEN IN DER SCHWEIZ

*XIV. Jahrestreffen der Fédération des Jeunes Chefs d'Entreprises d'Europe in Luzern*

Unter den vielen Vereinigungen, welche sich um die Entwicklung und Vertiefung der europäischen Integration bemühen, nimmt die Fédération des Jeunes Chefs d'Entreprises d'Europe (FJCEE) eine Sonderstellung ein. Unbelastet von branchenmäßigen, partei- und staatspolitischen oder konfessionellen Verpflichtungen, ist sie allein aus dem Wunsch heraus entstanden, ein europäisches Forum unternehmerischen Gedankenaustausches zu bilden, wo sich Unternehmerfreunde verschiedener Zunge, mit durchaus unterschiedlichen Ansichten und unternehmerischen Glaubensbekenntnissen mindestens jährlich einmal treffen können, um «unter sich», das heißt ohne Beizug von «Experten», die sie interessierenden Probleme diskutieren und neue Anregungen für die Praxis empfangen zu können.

Die Gründung der Fédération, die formell im Jahre 1958 in Strasbourg erfolgte, geht auf freundschaftliche Verbindungen einzelner Unternehmerpersönlichkeiten Frankreichs, Italiens, Belgiens, Deutschlands und der Schweiz in der unmittelbaren Nachkriegszeit zurück. Heute bestehen auch in Spanien und Holland Landessektionen, und Kontakte mit englischen, portugiesischen, schwedischen und österreichischen Unternehmern sind angeknüpft.

Wenn auch selbstverständlich die grundsätzlichen Aspekte des europäischen Integrationsgeschehens immer wieder von neuem zur Sprache kommen, so stehen an den Jahrestreffen doch vor allem konkrete, praxisnahe Unternehmerfragen im Vordergrund. Die diesjährige Tagung, welche in Luzern stattfand, handelte von der *Zielsetzung des Unternehmens im Zeitalter der Integration Europas*. Sieben Unternehmer aus vier verschiedenen Ländern leiteten die Gruppenaussprachen mit Referaten zu Einzelproblemen des Themas ein. So befaßte sich Dr. *H. Frost*, Düsseldorf, mit *modernen Formen der Unternehmensfinanzierung*, Dr. *E. Lux*, Remscheid, mit der *Wandlung der Führungsformen im Wandel der Führungsaufgaben*. *P. Bataille*, Le Plessis-Belleville, steuerte einen Beitrag zum *Einfluß des europäischen Marktes auf die Unternehmenspolitik* bei, und *E. Teillefer*, Barentin, äußerte sich zur Frage der *menschlichen Beziehungen im Unternehmen*. Die italienische Sektion sandte Dr. *Grassotti*, Cuneo, sowie Dr. *G. L. Osti*, Genua, nach Luzern, die sehr temperamentvolle Gruppenreferate über «Probleme der Erforschung und Erschließung neuer Märkte» beziehungsweise über das Verhältnis *öffentlicher und privater Initiative bei der Erschließung von Entwicklungsgebieten* vortrugen. Die von der schweizerischen Sektion betreute Gruppe schließlich diskutierte unter der Führung von Dr. *Th. Fäßler*, Biel, an Hand eines konkreten Beispiel (der Mikron AG., Biel) die Möglichkeiten der *langfristigen Lösung des Arbeitskräfte-Problems im europäischen Wirtschaftsraum*.

Das «Menue» der Gruppenbesprechungen, die traditionsgemäß den Kern der Kongreßarbeit bilden, war demnach reichhaltig und für die Teilnehmer, dank der wohldokumentierten Vorbereitungen der Gruppenreferenten, überaus instruktiv. An Stoff zu fruchtbarem Gedanken- und Erfahrungsaustausch fehlte es nicht, und die Mischung der Temperamente und Sprachen trug das Ihre dazu bei, etwas vom Fluidum eines im Entstehen begriffenen «Europa von morgen» zu verbreiten, in welchem sich die Mannigfaltigkeit der Form und Denkart mit der gemeinsamen Liebe zur Freiheit und Menschenwürde vereinen.

Zum bleibenden Eindruck des XIV. Jahrestreffens trug nicht zuletzt das Rahmenprogramm bei, für welches die veranstaltende Schweizer Sektion (die «Arbeitsgemeinschaft für Unternehmerfragen» der «Vereinigung für freies Unternehmertum» [VfU], Zürich, in Zusammenarbeit mit den «Rencontres Patronales», Lausanne) verantwortlich zeichnete. Es war, wie der Tagungspräsident *Alfred R. Niederer*, Lichtensteig, einleitend betonte, das Anliegen der

Organisatoren, den Kongreßteilnehmern, die sich unter dem Zeichen eines gemeinsamen Europas zusammenfanden, etwas von der Atmosphäre zu vermitteln, die der Vierwaldstättersee für uns Schweizer ausstrahlt, und in welcher bestes europäisches Gedankengut spürbar ist.

Diesem Anliegen galt insbesondere ein Rütlibesuch, der sich allerdings unter dem Zwang des schlecht gelaunten Wettergottes auf eine Vorbeifahrt per Schiff beschränkte. Eine in Form und Gehalt gleicherweise packende *Ansprache von Bundesrat Roger Bonvin* fand den ungeteilten Beifall der Zuhörer. Um das zu bleiben, was sie wesensgemäß ist — so führte der Redner aus —, muß die Schweiz bei aller Weltoffenheit und Universalität ihrer Beziehungen, bei aller engen geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Bindung an Europa die Werte, die an ihrem Ursprung wirksam waren und ihre eigentliche Stärke ausmachen, immer besser erkennen: ihren Freiheitsdrang und ihr Solidaritätsgefühl. Ihre Freiheit manifestiert sich nach innen in den Persönlichkeitsrechten, in der direkten Demokratie und der föderalistischen Staatsstruktur, nach außen in der staatlichen Unabhängigkeit, der unbedingten Verteidigungsbereitschaft und der Neutralität. Die Solidarität findet ihre Verwirklichung nach innen in der Harmonisierung der kantonalen Gesetze nach Verfassungs- und eidgenössischen Gesetzes-Kriterien, nach außen in der Bereitschaft zur Hilfeleistung im Dienste der Menschlichkeit. Bundesrat Bonvin zeichnete sodann mit einigen markanten Strichen die geschichtliche Grundlage der heute nicht mehr überall verstandenen Maxime der staatlichen Neutralität, wobei er insbesondere betonte, daß ihr auch nach dem Begraben der innereuropäischen Streitaxt im weltpolitischen Rahmen als Kraft der Vermittlung und des Ausgleichs von Gegensätzen ein lebendiger Sinn zukomme, der keineswegs im Widerspruch zu den europäischen Einigungsbestrebungen stehe, sondern im Gegenteil die völkerverbindenden Ströme unterstütze und verstärke. Denn die schweizerische Neutralität steht im Dienste des Menschen, auf den jegliche Organisation von Gemeinschaft ausgerichtet bleiben muß. Sich finden, sich selbst treu bleiben, sich mit andern in Freiheit und Solidarität verbinden, das ist der Weg, der zu einem dauerhaften europäischen Neubau führen wird.

Die bundesrätliche Ansprache wurde anderntags aufs beste ergänzt durch einen besinnlichen, zweisprachigen Vortrag von Dr. *Edgar Schumacher*, Bolligen, über *Wesen und Werden der Schweizerischen Eidgenossenschaft und ihre europäische Verpflichtung*. Die Gründungsgeschichte des schweizerischen Bundesstaates kann als eine Art «Prüf-Versuch» des kommenden Europas gewertet werden. Im Zeichen des Krieges und der militärischen Gewalt entstanden, durch Höhen und Tiefen kriegerischer Verwicklungen geläutert, hat sich die Schweiz seit mehreren Jahrhunderten darauf beschränkt, «dem Krieg den Krieg anzusagen», indem sie den Grundsatz der friedlichen Beilegung zwischenstaatlicher Händel proklamierte und mit mehr oder weniger Geschick auch praktizierte. Im Willen, den Krieg mit allen Mitteln, allenfalls auch mit den Mitteln des unbeschränkten Verteidigungskrieges, von ihrem Land fernzuhalten, liegt ein schöpferisches Paradoxon, das über den Pazifismus rein negativer Observanz erhaben ist. Sind wir Schweizer gute Europäer? Der Wunsch, es zu sein oder doch zu werden, ist sicher vorhanden, auch wenn der Hang zum bloßen Verharren im Erreichten da und dort spürbar wird. Immerhin darf ein zentraler Gedanke unseres Staatswesens als schlechthin zukunftsträchtig für Europa genannt werden: die Würdigung (und nicht bloße Tolerierung) der Minderheit, des Andersdenkenden, welcher die Achtung vor der Persönlichkeit als dem kleinsten und zugleich höchsten Ausdruck des Menschlichen zugrunde liegt.

*Max Ulrich Rapold*